

Wolf Lepenies

Ost und West. Nord und Süd.

Der europäische Himmelsrichtungsstreit



Band 3

Hallesche Universitätsreden

Herausgegeben vom

Rektor der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Wolf Lepenies

Ost und West. Nord und Süd.

Der europäische Himmelsrichtungsstreit

Festvortrag, gehalten anlässlich der
Gründung des Aleksander-Brückner-Zentrums für Polenstudien
Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
am 12.12.2012

Wolf Lepenies, geb. 1941, Soziologe. Emeritus der Freien Universität Berlin, von 1986 bis 2001 Rektor des Wissenschaftskollegs zu Berlin, seit 2001 dort Permanent Fellow (em.).

Die Reihe wurde wiederbegründet unter dem 262. Rektor der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Prof. Dr. Udo Sträter

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnd.d-nb.de> abrufbar.

LXIV

© Universitätsverlag Halle-Wittenberg, Halle an der Saale 2013

Printed in Germany. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der photomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten.

ISBN 978-3-86977-063-5

Ost und West. Nord und Süd.

Der europäische Himmelsrichtungsstreit

VON WOLF LEPENIES

Das Vereinte Europa ist für seine Bürger kein Objekt des Enthusiasmus mehr; es ist ein Skandalon geworden, „Fallstrick, Anstoß, Ärgernis“. Wenn es noch eines Beweises für diese Feststellung bedurft hätte, haben ihn die letzten – gescheiterten – Haushaltsverhandlungen der EU in Brüssel geliefert: Die Aufgabe des Euro und ein Auseinanderbrechen der Eurozone sind nicht mehr auszuschließen; sogar eine Auflösung der Union ist denkbar geworden. Auslöser dieser Befürchtungen ist die prekäre Wirtschaftslage der südeuropäischen Mitglieder der EU, welche die ganze Union in Mitleidenschaft gezogen hat. Die Folge ist ein neuer Nord-Süd-Konflikt, der an die Stelle der alten Ost-West-Spannungen getreten ist. Dieser Nord-Süd-Konflikt wird aber nur an der Oberfläche von einer Euro-, Währungs- oder Finanzkrise ausgelöst. Ursache ist vielmehr eine Vertrauenskrise zwischen den einzelnen Mitgliedsstaaten der Union.

In meinem Vortrag möchte ich *erstens* zeigen, wie der gegenwärtige Nord-Süd-Konflikt mit der Auflösung der alten Ost-West-Spannungen seit dem Jahre 1989 zusammenhängt; *zweitens* will ich schildern, wie 1989 und die Folgen nur der Anlass zur Wiederbelebung eines Konflikts zwischen Nord und Süd waren, der tiefliegende historische Ursachen hat; *drittens* schließlich will ich, mit Blick auf die Zukunft, auf eine mögliche Rolle Polens im europäischen Himmelsrichtungsstreit hinweisen.

Als Sie, Herr Müller, mich – zusammen mit Herrn Traba – einluden, diesen Vortrag zu halten, erwarteten Sie von mir Hinweise darauf, ich

zitiere, „wie Polenstudien in Deutschland intellektuell fruchtbar gemacht werden könnten“. Diese Erwartung muss ich enttäuschen. Ich weiß zu wenig über das Gebiet der Polenstudien, als dass ich hier den Besserwisser spielen dürfte. Ich kann nur ein Plädoyer für die Wiederbelebung des sogenannten „Weimarer Dreiecks“ halten – überzeugt davon, dass eine substanzielle Kooperation zwischen Deutschland, Frankreich und Polen heute dringender ist denn je und von hohem Europapolitischen Nutzen sein kann. Vielleicht würden davon ja auch die Polenstudien profitieren.

I

Es ist noch keine fünfundzwanzig Jahre her, da waren die Europäer davon überzeugt, die Ost-West-Spaltung des Kontinents werde auf unübersehbare Zeit bestehen bleiben. Und dann kam 1989, das *annus mirabilis* des 20. Jahrhunderts, und Europa wurde zum Motor der Weltgeschichte. Aber auch wenn der Wandel – symbolisiert im Fall der Berliner Mauer – blitzartig erfolgte: Er war in Mittel- und Osteuropa seit langem vorbereitet worden. Polen spielte dabei eine entscheidende Rolle. 1989 ist ohne 1980 schwer vorstellbar, das Gründungsjahr der Gewerkschaft Solidarność. Es waren nicht zuletzt polnische Intellektuelle – darunter Adam Michnik und Bronislaw Geremek, ein zu früh gestorbener Kollege und Freund –, die sich unermüdlich für die Verwirklichung der Menschenrechte einsetzten, das klassische, in Europa geborene Intellektuellen-Ideal. Sie wurden, unter hohen persönlichen Risiken, zu Anstiftern einer Streitkultur, die schließlich auf unserem Kontinent das Ausmaß der Freiheit dramatisch vergrößerte. Es dauerte lange, bis Solidarność im Westen Unterstützung fand; auch die deutschen Sozialdemokraten haben sich dabei nicht hervor getan.

Am Morgen nach dem Fall der Mauer war ich in Paris. Überall sah man Zeichen der Erinnerung an 1789. Es waren die Relikte der Revolutionsfeiern, die das Stadtbild monatelang geprägt hatten. Jetzt hatte sich im Osten Deutschlands eine Umwälzung ereignet, welche die Erinnerung an 1789 in den Hintergrund treten ließ: Eine Revolution ohne *terreur*. Die Zeitungen waren voll mit Berichten über den Fall der Mauer. Eine Schlagzeile lautete: „Angst vor den Deutschen“. Die Schlagzeile hatte

kein Fragezeichen. Das Wort vom „Fünften Reich“ machte die Runde. „Wiedervereinigung“ war das Wort der Stunde. Kein Franzose schien daran zu zweifeln. Seit langem hatte Frankreich die wirtschaftliche Vorrangstellung der Bundesrepublik in der Europäischen Gemeinschaft hingenommen. Nun würde es auch die politische Führungsrolle in Europa an ein größer gewordenes Deutschland abgeben müssen. Ein Amerikaner mit deutschem Akzent hatte recht behalten: Frankreich werde das Hauptopfer des Mauerfalls werden. Henry Kissingers Prophezeiung war eingetroffen. Bald erinnerte die selbstbewusste Sprache der Deutschen die Franzosen an den neureichen Bourgeois, der zu seinem Sohn sagt: „Sprich laut, wir sind reich!“.

Am 9. November 1989 befand sich Helmut Kohl auf Staatsbesuch in Polen. Der Kanzler brach seinen Besuch ab und flog, so hieß es damals noch, nach West-Berlin, um dort eine Rede zu halten. Zu einer symbolischen Ausdeutung der überstürzten Abreise aus Warschau bestand kein Anlass. Nur wenige Polen befürchteten eine Re-Germanisierung Europas als Folge der deutschen Wiedervereinigung. Schwerer wog die Verstimmung darüber, dass Polen, das sich als Siegermacht fühlte, an den 2 plus 4-Gesprächen nicht beteiligt wurde, die schließlich die Wiedervereinigung Deutschlands möglich machten. Für einen Augenblick wurde das München-Trauma wieder wirksam: Würden erneut fremde Mächte über die Zukunft Europas und damit auch über die Zukunft Polens entscheiden? Andere Stimmen überwogen: Sowohl Adam Michnik als auch Bronislaw Geremek hatten sich lange vor 1989 für die deutsche Wiedervereinigung ausgesprochen. „Durch Deutschland nach Europa“ wurde zu einem Axiom der polnischen Außenpolitik. Der polnische Außenminister Skubiszewski ging so weit, von der „Werte- und Interessengemeinschaft“ zwischen Polen und Deutschland zu sprechen.

Ein Konfliktpunkt blieb: die endgültige, völkerrechtlich bindende Anerkennung der polnischen Westgrenze durch die Bundesrepublik. Frankreich hatte, ebenso wie Großbritannien, anfangs versucht, die Wiedervereinigung zu blockieren. Das galt nicht nur für François Mitterrand; sein Vorgänger Giscard d'Estaing schlug vor, die DDR solle nicht der Bundesrepublik, sondern als selbständiger Staat gleich der EU beitreten. Da es die Wiedervereinigung nicht aufhalten konnte, versuchte Frankreich zumindest, den Einigungsprozess mitzugestalten – nicht zuletzt durch das Eintreten für polnische Interessen. Frankreich schlug vor, die

Wiedervereinigung von der völkerrechtlichen Anerkennung der polnischen Westgrenze durch die Bundesrepublik abhängig zu machen. Doch Helmut Kohl setzte sich gegen François Mitterand durch: Die endgültige Regelung der alten deutsch-polnischen Streitfrage erfolgte erst im Grenzvertrag vom 14. November 1990, mehr als einen Monat nach der Wiedervereinigung. In seinem Versuch, die Grenzregelung zu einem früheren Zeitpunkt durchzusetzen, war Frankreich mehr eigenen, als polnischen Interessen gefolgt: Die nachdrückliche Vertretung polnischer Interessen in der Grenzfrage verband sich mit dem frühen, dann lange Zeit anhaltenden Widerstand gegen die Osterweiterung der EU, Polen eingeschlossen. Mitterand sprach – zum Ärger der Polen – von Jahrzehnten, die der Beitrittsprozess noch dauern könne, Deutschland dagegen drängte auf eine schnelle Osterweiterung der EU und räumte Polen dabei eine Sonderstellung ein.

Die Annäherung zwischen Polen und Deutschland orientierte sich am Vorbild der deutsch-französischen Aussöhnung. Das deutsch-polnische Jugendwerk war dafür ein Beispiel. Nach Osten gewandt, kam es zur Nachahmung von Gesten und Riten, die im Westen bereits ihre Wirkung gezeigt hatten. Unverkennbar war beispielsweise der von de Gaulle und Adenauer besuchte Gottesdienst in der Kathedrale von Reims im Juli 1962 das Vorbild für die Versöhnungsmesse in Kreisau am 12. November 1989, die in der Umarmung von Bundeskanzler Kohl und Ministerpräsident Mazowiecki ihren Höhepunkt hatte. So weit gingen schließlich die Freundschaftsgesten, dass ein Beobachter vom „Versöhnungskitsch“ sprach, der im deutsch-polnischen Verhältnis einen unangemessenen Platz einnahm.

Frankreichs Widerstand gegen die Osterweiterung der EU wurde dadurch nicht gemindert – im Gegenteil. Paris befürchtete – hierin von Margaret Thatcher energisch unterstützt –, dass die schnelle Erweiterung der Union ihre dringend notwendige Vertiefung zu lange hemmen würde. Eine Befürchtung, die sich aus heutiger Sicht gut nachvollziehen lässt. Schwerer noch wog aus französischer Sicht ein geopolitisches Szenario, das die Macht- und Einflussverhältnisse in der Union entscheidend verändern würde: Mit der Aufnahme mittel- und osteuropäischer Staaten geriete Deutschland aus einer Rand- in eine Zentrallage und würde erheblich von neuen Absatzmärkten profitieren. Die deutsche Politik – nicht zuletzt Helmut Kohl – betonte demgegenüber stets ihre

moralische Verpflichtung, Polen in seinem Beitrittswunsch zur Union zu unterstützen. Deutschland spielte – mit einem gelegentlichen Hang zum Paternalismus – den „polnischen Anwalt in Europa“. Gegen die deutsche Moralpolitik hatte Frankreichs Interessenpolitik keine Chance. Am 1. Mai 2004 wurde auch Polen Mitglied der EU.

Als 2003 der Irakkrieg ausbrach, waren Frankreich und Deutschland sich in ihrer Ablehnung des amerikanischen Vorgehens einig – ihre Reaktion auf die polnische Bereitschaft aber, sich der von George Bush geforderten „Koalition der Willigen“ anzuschließen, fiel unterschiedlich aus. Besser als das seit den Zeiten de Gaulles traditionell USA-skeptische Frankreich konnte Deutschland den Amerika-Enthusiasmus der Polen verstehen. Als aber der polnische Ministerpräsident Leszek Miller den sogenannten „Brief der Acht“, eine Solidaritätsbekundung europäischer Nationen an die Adresse der USA, unterzeichnete, kanzelte ihn Jacques Chirac mit den Worten ab: „Sie haben eine Chance verpasst, den Mund zu halten.“ Als Reaktion bleibt die Replik Bronislaw Geremeks im Gedächtnis: *France* reime sich nun nicht mehr auf *élégance*, sondern auf *arrogance*. Es gab weitere Differenzen zwischen beiden Ländern: Beispielsweise opponierte gegen den Wunsch des katholischen Polen, in die Präambel des Entwurfs einer europäischen Verfassung den Gottesbezug aufzunehmen, niemand so energisch wie das laizistische Frankreich.

Ob die Osterweiterung der EU ohne Deutschlands moralische Verpflichtung gegenüber Polen ähnlich schnell erfolgt wäre, ist eine offene Frage. Jedenfalls war die Aufnahme Polens und anderer mittel- und osteuropäischer Staaten in die Union mitverantwortlich dafür, dass Frankreich sich dazu entschloss, die Südschiene der EU als politischen Gegenpol zur Osterweiterung der Union zu nutzen. Deutlich machte dies bereits Jacques Chirac im Jahre 2000 auf dem Gipfel von Nizza; in die Tat umzusetzen, versuchte es sein Nachfolger Nicolas Sarkozy.

II

Bis ins 19. Jahrhundert geht der Wunsch der europäischen Mittelmeerlande zurück, eine Allianz miteinander zu bilden. Europa sollte durch

die Bildung eines „Lateinischen Blocks“, dem sich Südamerika und große Teile Afrikas assoziieren würden, zur Einheit gelangen und so seine Rolle in der Welt – nicht zuletzt gegenüber den USA – behaupten. Nicht der Atlantik, das Mittelmeer würde dabei als geographischer und geistiger Fixpunkt dienen. Der Wunsch zur Bildung eines lateinischen Blocks blieb bis ins 20. Jahrhundert intellektuell lebendig – und politisch folgenlos. Auf dem Weg zur Union, an deren Anfang die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl stand, hatte diese Blockbildung keine Chance.

Aktuell wurde sie, als immer deutlicher wurde, wie sehr Deutschland von der Osterweiterung der EU profitiert hatte. Hinzu kam, dass der Plan François Mitterands, durch die Einführung des Euro den Einfluss der Bundesbank zu schwächen und den wirtschaftlichen Einfluss Deutschlands zu verringern, die gegenteilige Wirkung hatte: Niemand profitierte – und profitiert – vom Euro mehr als Deutschland. Nicolas Sarkozy betrieb die Gründung einer Mittelmeerunion, um den Einfluss Frankreichs in Europa zu vergrößern. Dass diese Gründung auch gegen Deutschland gerichtet war, wurde von den Architekten der Mittelmeerunion nicht verheimlicht. Henri Guaino, der Majordomus Nicolas Sarkozys und ein engagierter „homme du midi“, sprach offen davon, dass Frankreich die Mittelmeerunion „contre les Allemands“ durchsetzen wolle. Der Plan misslang. Angela Merkel legte ihr Veto ein, aus der Mittelmeerunion wurde eine Union für das Mittelmeer, die unter die Aufsicht Brüssels und damit ins bürokratische Abseits gestellt und zur politischen Wirkungslosigkeit verdammt wurde.

Die „Lateinische Option“ schien mit dem Ende der Mittelmeerunion endgültig ad acta gelegt – und erfuhr als Folge der Finanzkrise im südlichen Europa eine paradoxe Wiederbelebung. In der Krise formte sich der „Lateinische Block“, der in Zeiten des allgemeinen europäischen Wohlbefindens ein vages Projekt geblieben war. Man braucht nur das Foto vom EU-Gipfel in Rom im Juni dieses Jahres zu betrachten, auf dem Angela Merkel vom Trio François Hollande, Mario Monti und Mariano Rajoy an den Rand gedrängt wird, um bereits von Körpersprache und Physiognomie her zu erkennen, wo die neuen europäischen Konfliktlinien verlaufen. Der Nord-Süd-Konflikt ist wieder aktuell geworden.

Dieser Konflikt gehört zu den Konstanten der europäischen Geschichte. In der Selbstwahrnehmung des Südens mischen sich dabei Selbstbewusstsein und Selbstzweifel, Stolz auf die Vergangenheit und Angst vor der Zukunft. Auf der einen Seite nimmt die europäische Zivilisation im Süden ihren Anfang: Die drei großen monotheistischen Weltreligionen, die Demokratie, der Rechtsstaat und die okzidentale Philosophie entspringen am Mittelmeer. Das Mittelmeer ist, in den Worten Paul Valéry's, eine „Zivilisationsmaschine“. Und wehe, die Parvenüs aus dem Norden versuchen, sich ebenfalls als Zivilisationsproduzenten aufzuspielen! „Wie können diese Sauerkrautfresser es wagen, sich als unmittelbare Nachfolger der feinsinnigen Athener zu betragen?“, heißt es 1916, mitten im Ersten Weltkrieg, in einer Streitschrift mit dem Titel „La culture latine“. Als der griechische Staatspräsident Karolos Papoulias den deutschen Finanzminister mit den Worten abkanzelt: „Wer ist Herr Schäuble, dass er es wagt, Griechenland zu beleidigen!“, rief die Kultur die Barbarei zur Ordnung.

Aber: Es war der protestantische Norden, der im Prozess der Industrialisierung die Grundlagen der Moderne schuf. Der Süden dagegen wurde zum Verlierer der Modernisierung. Der Schmerz der Südeuropäer, ökonomischer Verlierer der Moderne zu sein, wird dabei gemildert durch ihren Stolz, Formen der Lebensführung und des Lebensgenusses bewahrt zu haben, die dem Norden verloren gegangen sind. Das *Savoir vivre* gilt im Süden mehr als das *Savoir faire*, der wissenschaftlichen steht eine sentimentale Zivilisation gegenüber. Der Midi ist eine Gemütskategorie. Ihre Ausdrucksformen sind Träumerei, *Far Niente*, *Siesta*, das *Sich-Gehen-Lassen* und *Phantasie* – Verhaltensweisen, die der Ausdauer, dem Ernst, der Energie und der Initiative des Nordens entgegen gehalten werden. Solche zu Stereotypen hochgetriebene Gegensätze werden im Süden meist mit Stolz, im Norden nicht ohne ein Gefühl der Nostalgie beschworen. Diese Gegensätze sind Ausdruck einer „moralischen Geographie“, wobei das Adjektiv moralisch sich nicht von der Moral und von Verhaltensvorschriften ableitet, sondern von den *Mores* der Menschen, den kulturellen Selbstverständlichkeiten, nach denen sie ihr Leben ausrichten. Kulturen können ohne eine solche moralische Geographie nicht auskommen – Kunst und Literatur leben von imaginären Grenzen zwischen den Völkern und Regionen und verschieben diese nach Belieben. Zugleich verfügt die Kunst über die Lizenz zum Stereotyp. In der Politik aber sind Stereotypenkämpfe gefährlich –

und in einer politischen Gemeinschaft wie der Europäischen Union haben sie nichts zu suchen. Längst aber wird in der Union der Dissens über die Lösung der Finanz- und Schuldenkrise zum Nord-Süd-Konflikt und zum Streit der Mentalitäten stilisiert – im „Norden“ wie im „Süden“. Es handelt sich bei vielen Beteiligten – in Deutschland steht die CSU an erster Stelle – um eine auswärtige Gefühlspolitik, die einen innenpolitischen Zweck verfolgt: Das Stimmungskapital der hauseigenen Klientel zu stärken. Auf der Strecke bleibt die europäische Idee. Über den neuen Himmelsrichtungstreit – den Nord-Süd-Konflikt – droht die Union zu zerbrechen.

III

Wir tun gut daran, uns immer wieder daran zu erinnern, dass der westeuropäische Einigungsprozess erst durch die Aussöhnung zwischen Frankreich und der Bundesrepublik eine den ganzen Kontinent erfassende Dynamik gewann und dass es sich bei dieser Aussöhnung um einen Glücksfall europäischer Geschichte im konfliktzerrissenen 20. Jahrhundert handelt, der unseren Eltern als unmöglich und unseren Großeltern noch als unerwünscht erschienen wäre.

Schon wenige Monate nach dem Fall der Mauer wurde deutlich, dass die Resignation der Franzosen vor der unaufhaltsamen Wiedervereinigung und das neue deutsche Selbstbewusstsein sich zu einer politischen Wetterlage verbanden, welche die künftige Entwicklung Europas in Mitleidenschaft zu ziehen drohte. Es fehlte ebenso an französischer Gelassenheit wie an deutscher Selbstbescheidung. Im Bonner Bundeskanzleramt gab es niemanden, der erkannte, welch großer Vertrauensbeweis eine frühe Unterrichtung des französischen Staatspräsidenten über Helmut Kohls deutschlandpolitische Absichten gewesen wäre. Wie sehr hätte es beispielsweise dem Geist des deutsch-französischen Freundschaftsvertrages, dessen 50jähriges Jubiläum wir am 22. Januar feiern, entsprochen, wenn Helmut Kohl und François Mitterrand gemeinsam Dresden besucht hätten, statt sich auf einen Wettlauf in die zerbröckelnde DDR einzulassen, den der deutsche Kanzler schließlich mit einem Tag Vorsprung gewann!

Der auftrumpfende Alleingang der Deutschen und die resignative Nichteinmischung der Franzosen verbanden sich zu vorgetäuschter Harmonie. Für das weitere Zusammenwachsen Europas lag darin ein beträchtliches Konfliktpotential. Und so ist es gekommen: Die Konsultationen blieben, die Kooperation wurde schwächer und schwächer. Man muss sich nur ausmalen, um wie vieles besser es in Europa heute bestellt wäre, wenn Deutschland und Frankreich – anstatt in der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise konträre Positionen einzunehmen – in der Lage wären, einen schlüssigen Plan vorzulegen, der die notwendigen Strukturreformen einzelner europäischer Länder mit wirksamen und nachhaltigen Wachstumsimpulsen verbinden würde. Dass dies nicht der Fall ist, zeigt, wie sehr hinter der Fassade der Freundschaft die deutsch-französischen Beziehungen seit langem konfliktbesetzt sind. Vielleicht ist dies der natürliche Gang der Dinge. Die Veralltäglichsung des Charisma, von der Max Weber sprach, trifft auch Institutionen wie die politische Freundschaft zweier Nationen. Das deutsch-französische Verhältnis ist in die Jahre gekommen; es hat sich abgenutzt. Frankreich und Deutschland haben dabei eines verkannt: der Gegenstand und die Leidenschaft bilateraler Beziehungen können nicht auf ewig die bilateralen Beziehungen selbst sein. Das Dauerstarren auf sich selbst, der „repli sur soi“, wie Jacques Delors es nannte, der darin eine Gefahr für die Zukunft Europas sah, hat auch zu einer Lähmung des deutsch-französischen Tandems geführt. Es tritt seit langem auf der Stelle. Hinzu kommt das allmähliche Verschwinden dessen, was man die „Erlebnisgeneration“ genannt hat. Für Franzosen und Deutsche, die den Krieg noch durchgemacht hatten, war die Freundschaft beider Länder ein unverhofftes Geschenk und blieb ein Erlebnis. Für die heutige Generation ist sie eine Selbstverständlichkeit, Routine.

Sollte man nicht versuchen, das deutsch-französische Verhältnis durch die Einbeziehung eines Dritten aufzufrischen? Muss eine *ménage à trois*, die im Privatleben in der Regel misslingt, auch in der Politik zum Scheitern verurteilt sein? Einen Versuch wäre ein solches Arrangement wert. Er wurde bereits unternommen – und ein Hallenser, der Instinktpolitiker Hans-Dietrich Genscher, spielte dabei eine entscheidende Rolle. Am 28. August 1991, dem Geburtstag Goethes, beschlossen die drei in Weimar versammelten Außenminister Genscher, Dumas und Skubiszewski, einen Trialog ins Leben zu rufen, das sogenannte „Weimarer Dreieck“. Das Weimarer Dreieck sah regelmäßige Treffen und Konsultationen der

drei Regierungen vor, es hatte am Anfang eine nicht zu unterschätzende Bedeutung auf dem Felde der Symbolpolitik. Es war nur schwer vorstellbar, dass nach Bildung dieser Triade die Aufnahme Polens in die Union noch ernsthaft gefährdet sein könnte. Und in der Tat war der größte politische Erfolg des Weimarer Dreiecks die 1994 wirksam werdende assoziierte Partnerschaft Polens und acht weiterer mittel- und osteuropäischer Länder mit der Union, die deren Aufnahme in die EU, wenn auch mit unterschiedlicher Geschwindigkeit, beförderte. In den eigentlichen Beitrittsverhandlungen, die 1998 begannen, spielte das Weimarer Dreieck dagegen keine Rolle mehr. Auch scheiterten kultur- wie militärpolitische Projekte; etwas Ähnliches wie das in Stettin stationierte Trilaterale Korps aus Deutschen, Dänen und Polen kam zwischen Frankreich, Deutschland und Polen nicht zustande.

Die Begeisterung für das Weimarer Dreieck ließ schnell nach. Innerhalb der EU traf es auf den Vorbehalt gegen „exklusive Bündnisse“, in denen nicht nur der deutsche Außenminister Fischer ein Relikt des nationalstaatlichen 19. Jahrhunderts sah. Ich finde diesen Einwand nicht stichhaltig und plädiere nachdrücklich für eine Wiederbelebung des Weimarer Dreiecks. Ich habe dabei keine Illusionen, wie schwer eine solche Wiederbelebung zu erreichen sein wird. Ein Beispiel aus meinem eigenen Erfahrungsbereich bietet die Stiftung Genshagen, in der trotz vieler Bemühungen und Erklärungen guten Willens bis heute alle Versuche gescheitert sind, eine deutsch-französische Stiftung zu einer deutsch-französisch-polnischen Institution zu erweitern. Ein Grund liegt auch darin, dass es für die vielen deutsch-französischen und deutsch-polnischen Initiativen keine französisch-polnischen Parallelen gibt. Der Polen-Besuch des französischen Staatspräsidenten François Hollande im vergangenen November kann vielleicht als ein Signal gewertet werden, das zu einem Neuanfang in den französisch-polnischen Beziehungen führt.

Heute wird uns schmerzhaft deutlich, dass die Einführung des Euro Ausdruck einer illusionären Politik war, welche die unterschiedliche finanz- und sozialpolitische Lage der einzelnen europäischen Länder nicht zur Kenntnis nahm – nicht zur Kenntnis nehmen wollte. Daher ist die Vision vom Europa der zwei oder mehr Geschwindigkeiten aktueller denn je. Hier treffen sich französische und deutsche Vorstellungen. In Frankreich wird seit langem das Modell eines Europa der konzentri-

schen Kreise durchgespielt, in dem sich außen die sogenannten „Partnerschaften“, in der Mitte die EU in ihrer Gesamtheit und innen die „verstärkten Solidaritäten“ befinden. Dem entspricht die Vorstellung einer „variablen Geometrie“ Europas, wie sie 1994 im Papier von Wolfgang Schäuble und Karl Lamers und ihrer Idee eines „Kerneuropa“ zum Ausdruck kam. Beispiel einer solchen variablen Geometrie wäre das wiederbelebte Weimarer Dreieck.

Ein Verbund von Deutschland, Frankreich und Polen, der sich nicht auf unverbindliche Politikertreffen und Beteuerungen des wechselseitigen Wohlwollens beschränkt, wäre der kräftige Ausdruck des Wunsches, mit dem europäischen Himmelsrichtungsstreit Schluss zu machen und zu Lösungen europäischer Probleme zu gelangen, welche die traditionellen Koalitionsbildungen hinter sich lassen. Es geht dabei nicht um die Harmonisierung eines Dreiecksverhältnisses. Die zu lange dauernde Phase einer selbstgefälligen Introspektion, die das deutsch-französische Bündnis letztendlich schwächte, darf sich im neuen Weimarer Dreieck nicht wiederholen. Gefordert ist eine schwache Institutionalisierung, welche die Erweiterung dieser Mini-Koalition möglich macht und bei anderen nicht das Gefühl eines Ausgeschlossenseins auf Dauer hervorruft. Aufgabe des neuen Weimarer Dreiecks wäre die Entwicklung von Lösungsvorschlägen für die drängenden Probleme Europas. Die Herausforderung bestünde darin, zu zeigen, dass die Chancen zur Verwirklichung derartiger Lösungsvorschläge erheblich größer sind, wenn sie von einem Dreierbündnis vorgetragen werden, in dem die Interessen der einzelnen Partner sich erheblich voneinander unterscheiden. Die Konsensbildung innerhalb der gesamten Union ließe sich so wirksam vorbereiten. Ich habe am Anfang von der Vertrauenskrise gesprochen, unter der die Europäische Union gegenwärtig leidet. Die Hinnahme, mehr noch, die Beförderung einer variablen Geometrie wäre das Zeichen eines gewachsenen oder eines neu gefundenen Vertrauens unter den Mitgliedsländern der Union. Andere Koalitionen, die in ihrer Struktur dem Weimarer Dreieck entsprächen, ließen sich denken. Ihre Problemlösungskonkurrenz untereinander sollte ein Vorteil für die ganze Union sein.

Das EU-Mitglied Polen kann auf eine Erfolgsgeschichte zurück blicken. Polen hatte 2011 ein Wirtschaftswachstum von 4,3 Prozent – genauso viel wie Deutschland, erheblich mehr als Frankreich. Polens Verschul-

dung ist niedriger als die von Deutschland und Frankreich. Die Arbeitslosenquote in Polen ist so hoch wie in Frankreich, wenn auch deutlich höher als in Deutschland. Wichtiger: Die Arbeitslosenzahl hat sich in den letzten zehn Jahren fast halbiert. Das Pro-Kopf-Einkommen in Polen ist wesentlich niedriger als in Frankreich oder Deutschland, doch dafür arbeiten die Polen erheblich länger. Fazit: Der Ausdruck „Polnische Wirtschaft“ hat auf einmal einen neuen, einen positiven Klang. Für Minderwertigkeitsgefühle, die in der polnischen Außenpolitik so oft eine Rolle spielten, gibt es keinen Grund mehr. Im alten Weimarer Dreieck war das freundliche bis herablassende Wohlwollen gegenüber Polen unverkennbar. Beim neuen Weimarer Dreieck würde es sich um ein gleichseitiges Dreieck handeln.

Wichtiger noch als der wirtschaftliche Aufschwung ist die politische Erfolgsgeschichte Polens – für das Land selbst und darüber hinaus für die gesamte Union. Polen ist zu einer stabilen Demokratie geworden. Dies hervorzuheben, ist besonders wichtig in einer Zeit, da in der stereotypenbesetzten Auseinandersetzung über die Beseitigung der Schuldenkrise in den Ländern Südeuropas die Demokratiekrise im Osten der Union, in Ländern wie Ungarn und Rumänien, in den Hintergrund getreten ist. Das europäische Parlament hat reagiert, wenn auch nicht entschieden genug; die politische Führung sowohl in Deutschland wie in Frankreich übt bis heute zu große Zurückhaltung. Das im Osten gefährlich anwachsende Demokratiedefizit zu beseitigen, ist aber für den Bestand und das Ansehen der Europäischen Union nicht weniger wichtig als eine Lösung der Schuldenkrise im Süden und die Sicherung des Euros. Wer garantiert, dass vom Autoritarismus eines Viktor Orbán und eines Victor Ponta keine Ansteckungsgefahr für andere Länder ausgeht? In der Europäischen Union braucht auch die Demokratie längst einen Rettungsschirm. Diesen Rettungsschirm mit Hilfe Polens, dieser jungen, eindrucksvoll funktionierenden Demokratie, aufzuspannen, wäre eine Herausforderung für das neue Weimarer Dreieck.

Vielleicht kann auch das neugegründete Aleksander-Brückner-Zentrum für Polenstudien dazu einen Beitrag leisten. Ich wünsche dem Zentrum Erfolg und gratuliere den jungen Wissenschaftlern, die heute Abend mit dem Preis des Botschafters der Republik Polen ausgezeichnet werden. Herzlichen Glückwunsch!

www.uvhw.de

ISBN 978-3-86977-063-5



9 783869 770635